

**Haushaltsrede zur Verabschiedung des
Haushalts 2018 der Stadt Landshut
am 8. Dezember 2017**

**Christine Ackermann
Vertreterin der
ökologisch-demokratischen Partei ÖDP
im Landshuter Stadtrat**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Lands-
huterinnen und Landshuter,

momentan ist Landshut in einer starken Wachstums-
phase, egal ob es die steigende Einwohnerzahl ist, die
Wirtschaft, das Verkehrsaufkommen oder die Steuer-
einnahmen.

Die kräftig sprudelnden Steuereinnahmen sind ein posi-
tiver Aspekt für die Stadt Landshut und lassen einen im
ersten Moment euphorisch werden. Aber der Schein
trügt.

Durch die ständig steigende Einwohnerzahl kommen
gewaltige zusätzliche Aufgaben und damit Ausgaben
auf die Stadt zu. Es muss für die neuen Mitbürger die
Infrastruktur wie Kindergärten und Schulen gebaut
werden. Diese Anforderungen übersteigen bei weitem
die Einnahmen.

Hinzu kommt noch, dass die Stadt dringend günstigen
Wohnraum braucht. Die Frage muss gestellt werden,
wie sehr verträgt die Stadt eine Nachverdichtung, ohne
dass das für das Klima wichtige Grün in der Stadt zu
sehr verschwinden muss. Hier müssen wir sensibel vor-
gehen, auch mit Rücksichtnahme auf die bereits ansäs-
sige Bevölkerung. Andererseits soll auch ein zu schnel-
ler und zu großer Flächenverbrauch für Wohnungs-
und Straßenbau vermieden werden. Wir müssen auf
unsere wunderbarere Stadt aufpassen, bei der in man-
chen Bereichen die Schönheit schon beginnt zu verblas-

sen. Deshalb auch unser Antrag auf eine Satzung zur Freiflächengestaltung.

Der Wirtschaftsboom und die stark steigende Einwohnerzahl gefährden Naturräume. Das Thema Flächenversiegelung, und damit die Ressource Boden, gerät leider bis heute zu häufig unter die Bagger-Räder.

Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen unterstützt die ÖDP, wenn Wohnungen, vor allem Leerstände, saniert werden, oder Altbauten noch ausgebaut werden. Uns muss bewusst sein, dass durch Neubauten häufig teurer Wohnraum geschaffen wird, an dem es in Landshut nicht mangelt. Dass bei Bebauungsplänen ein Teil verpflichtend dem sozialen Wohnungsbau gehört, ist ein guter Weg in Richtung bezahlbarem Wohnraum.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden auch in Zukunft noch viel stärker als bisher darauf achten müssen, dass nicht unsere letzten Naturräume dem ständigen Baudruck geopfert werden.

Aber was nutzen uns die besten Vorgaben in Bebauungsplänen zum Wohle der Bevölkerung und Natur, wenn deren Umsetzung nicht kontrolliert wird! Das führt zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Denn wer sich daran hält, ist der Dumme, weil die Nichteinhaltung der Anforderungen nicht geahndet wird. Damit wird unser Rechtsstaat ausgehöhlt und wir schaffen einen rechtsfreien Raum.

Deshalb muss endlich streng geprüft werden, ob die „Grün-Vorgaben“ in den Bebauungsplänen tatsächlich

realisiert wurden. Herr Doll, da hilft es nicht, wenn Sie meinen, dass die „Mischung aus Beton und Natur“ stimme und dass Klimaschutzmaßnahmen eine reine Modeerscheinung sind. Damit diskreditieren sie jegliche Bemühungen zum Klimaschutz! Die Bestimmungen müssen von der Verwaltung kontrolliert werden. Sie sind dafür verantwortlich und ihnen obliegt die Kontrollpflicht. Mit ihrer Äußerung im Wochenblatt rufen sie die Bevölkerung direkt auf, sich nicht an die Verordnung zu halten. Mit ihrer Bemerkung, dass eine Auswirkung von mehr Bepflanzungen auf den Klimaschutz wünschenswert, aber kaum beweisbar ist, stehen sie gegenüber den Aussagen der Wissenschaftler alleine da. Erst vor kurzem hat Prof. Dr. Ing. Pauleit von der TU München im Umweltsenat ausführlich über Möglichkeiten für effektiven Klimaschutz und Klimaanpassung in der Stadt berichtet.

Der Stadtrat trifft zum Wohle der Stadt und seiner Bürger Entscheidungen und die Verwaltung ist verantwortlich dafür, dass diese auch umgesetzt werden.

Die Versiegelung erfolgt nicht nur durch die Bebauung, sondern auch durch neue Straßen.

Ebenso die geplante Westtangente wird einen enormen Flächenfraß mit sich bringen. Nachdem diese Straße von der Mehrheit der Wähler gefordert wird, akzeptieren wir den Bürgerwillen.

Für die Umsetzung des Bürgerbegehrens „Busse Baby“ sind 100.000,- € im nächsten Jahr für ein Gutachten zum Nahverkehrsplan eingestellt, weil die Wähler eine Verbesserung des ÖPNV um 30 % wollen.

Zu diesem Thema gibt es eine neue Studie des Bundesumweltministeriums, die aufzeigt, dass sich 79 % der Deutschen bessere Alternativen zum Auto wünschen. Das bestätigt auch das Ergebnis des Bürgerbegehrens „Busse Baby“ in diesem Jahr.

Weiter zeigt die Studie auf, dass eine große Mehrheit derer, die hauptsächlich mit dem Auto fahren, bereit ist, auf das Rad oder auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

An dieser Bereitschaft sollten die Städte und Gemeinden stärker anknüpfen. Landshut hat bereits einen Beitrag geleistet, durch die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen. Hierfür müssen immer wieder Verbesserungen für den Fahrradverkehr nachgewiesen werden.

Landshut muss die Nahversorgung verbessern, für einen preiswerten ÖPNV mit guter Anbindung sorgen und mehr und bessere Radwege ausweisen.

Durch die richtige Umsetzung des Ergebnisses des Bürgerbegehrens „Busse Baby“ können in Landshut die Weichen für eine lebenswertere Stadt neu gestellt werden. Dabei ist es sehr wichtig, dass der Landkreis mit ins Boot genommen wird.

Dass dies in einem finanziell erträglichen Rahmen ablaufen kann, zeigen andere Städte, die bereits Vorreiter waren.

Beispielsweise hat sich nach einer Volksabstimmung die estnische Großstadt Tallinn 2013 für einen kostenlosen ÖPNV entschieden. Um die kostenlosen Fahrten zu finanzieren, wurden die Parkgebühren stark erhöht. Die Einwohner fahren kostenlos, während auswärtige Nutzer die Fahrscheine bezahlen müssen. Das funktioniert bis heute.

Mit diesem Beispiel möchte ich aufzeigen, dass sich durch einen verbesserten Nahverkehrsplan in Landshut große Chancen öffnen, die Stadt auf attraktive Weise vom Verkehrschaos zu befreien. Wir dürfen hier nicht an falscher Stelle sparen, denn jedes Auto, das weniger in die Stadt fährt, entlastet auch finanziell. Weniger Autos bedeuten weniger Ausgaben für den Bau und Unterhalt von Straßen und Parkplätzen. Es muss weniger Boden versiegelt werden, wodurch sich das Klima in der Stadt verbessert.

Setzen wir uns doch gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft unserer Stadt und Bürger ein.

Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Landshut stimmen Frau März-Granda und ich zu.

Dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke, den Haushalts- und Wirtschaftsplänen der HI. Geistspitalstiftung und

der Waisen- und Jugendstiftung der Stadt Landshut für das Haushaltsjahr 2018 stimmen Frau März-Granda und ich als Vertreter der ÖDP ebenso zu.

Für die stets gute Zusammenarbeit möchten wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung sehr herzlich bedanken. Frau März-Granda und ich möchten allen ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr wünschen.

Diese guten Wünsche gelten ebenso für die Gäste und die Vertreter der Presse.